

Neue Rhein Zeitung vom 19.07.2013,
S. 8

Landrat wettert gegen Solidarpakt der Städte

Jeder dritte Euro käme aus dem Kreis Mettmann

Kreis Mettmann. Das Landeskabinett hat beschlossen, für die Finanzierung des Stärkungspakts für finanziell klamme Kommunen eine Solidarumlage zu erheben. Dafür sollen bis 2020 bei vermeintlich reichen Gemeinden landesweit 182 Millionen Euro jährlich erhoben werden.

Für Landrat Thomas Hendele wurden mit dem Stärkungspakt – auch „Solidarumlage“ genannt – die schlimmsten Befürchtungen übertrifft. „Die solide wirtschaftenden Kommunen im Kreis Mettmann haben keine Lobby in Düsseldorf“, sagt er enttäuscht. Völlig inakzeptabel sei es, dass allein die Städte im Kreis Mettmann mehr als ein Drittel der Solidarumlage erbringen müssen.

Vorausgesetzt, das Gesetz wird vom Landtag in dieser Form verabschiedet, werden die Kommunen im Kreis Mettmann mit 65,5 Millionen Euro belastet. Nach ersten Berechnungen des Landkreistages NRW will das Land 2014 im Einzelnen folgende Beträge abschöpfen:

Haan: 3 Millionen Euro, Hilden: 4,3 Millionen Euro, Langenfeld: 5,7 Millionen Euro, Monheim am

Rhein: 44,1 Millionen Euro, Ratingen: 8,3 Millionen Euro und Wülfrath: 54.301 Euro.

Für Landrat Hendele zeigt sich der Widersinn der vom Land gewählten Systematik in der Tatsache, dass auch die Städte Haan und Wülfrath, die sich in erheblichen finanziellen Engpässen befinden, zur Solidarumlage herangezogen werden. „Diese Städte hätten vielmehr eine nachhaltige Unterstützung des Landes verdient. Das von den Räten und Verwaltungen erarbeitete Haushaltssicherungskonzept wird so unterhöhlt.“

Auch der Sprecher der Bürgermeister im Kreis Mettmann, Frank Schneider, kritisiert das Vorhaben der Landesregierung scharf. „Die Städte, die sparsam gewirtschaftet haben, werden jetzt in einer einzigartigen Strafaktion des Landes belastet“, so Schneider.

Beide CDU-Politiker forderten die SPD-Landtagsabgeordneten auf, die Solidarumlage zu stoppen. Schneider äußerte die Hoffnung, dass Jens Geyer (SPD) für Langenfeld nicht zum „Pleite-Geyer“ werde.

Westfälische
Nachrichten vom
19.07.2013, S. 2

60 Kommunen müssten zahlen

DÜSSELDORF (Inw). Die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung geplante kommunale Solidaritätsumlage müssen nach Berechnung der CDU 60 Städte und Gemeinden aufbringen. Geld aus der Umlage erhielten 61 Kommunen, berichtete der Kommunalexperte der CDU-Landtagsfraktion, André Kuper, in Düsseldorf. Durch die Umlage sollen nach den Plänen von Innenminister Ralf Jäger (SPD) pro Jahr rund 182 Millionen Euro an finanzschwache Kommunen umverteilt werden.

Kuper kritisierte das Vorhaben als „ungleich und ungerecht“. Der „Soli“ werde die Zahler-Kommunen in arge Finanznöte bringen. Laut Landesregierung sollen diejenigen Kommunen herangezogen werden, deren Steuereinnahmen in drei von den vergangenen fünf Jahren höher war als ihr Bedarf. Welche Kommunen von der Solidaritätsumlage betroffen sein werden, siehe erst in einigen Wochen fest, sagte Jäger bei der Vorstellung des Konzeptes. Die Umlage verteidigte er als „notwendig“.